

Sieber, Hugo

**Article — Digitized Version**

## Gefährdung der Marktwirtschaft heute

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Sieber, Hugo (1979) : Gefährdung der Marktwirtschaft heute, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 5, pp. 243-249

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135318>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Gefährdung der Marktwirtschaft heute

Prof. Dr. Hugo Sieber, Bern

**Trotz ihrer großen Erfolge wird die Marktwirtschaft als Ordnungssystem in zunehmendem Maße kritisiert und abgelehnt. Professor Hugo Sieber, Bern, untersucht, weshalb und durch wen diese Kritik ausgeübt wird, ob sie berechtigt ist und wie die längerfristigen Aussichten der Marktwirtschaft sind<sup>1)</sup>.**

---

Die marktwirtschaftliche Ordnung ist seit den 60er Jahren in starkem Maße der Ablehnung und Anfechtung ausgesetzt – trotz eines geradezu spektakulären Beweises ihrer Leistungsfähigkeit in den Ländern des sogenannten Wirtschaftswunders während der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und trotz des Versagens der zwangswirtschaftlichen Planung speziell in den Ostblockstaaten. Immer mehr kennzeichnet sich die ordnungspolitische Diskussion der Gegenwart durch die Gepflogenheit, unbefriedigende Erscheinungen des Wirtschaftslebens, wie Rezessionen, Arbeitslosigkeit, Inflation u. a., dem marktwirtschaftlichen System zur Last zu legen. Diese Tendenz verbindet sich mit der Meinung, daß eine nicht marktwirtschaftliche Ordnung frei von solchen Mängeln wäre und daß daher die unerwünschten Erscheinungen der Therapie systemverändernder Maßnahmen bedürfen.

## Falsche Schlüsse

Der Widerstand gegen ordnungspolitisch inkonforme Eingriffe hat denn auch – selbst in liberalen Kreisen – eine deutliche Schwächung erfahren. Zahlreicher werden jene, die die marktwirtschaftliche Systemkonformität nicht mehr als Gütezeichen, sondern eher als Mangel bewerten. Und die Zeichen sprechen gegenwärtig kaum dafür, daß in dieser Beziehung das Pendel bald wieder nach der Gegenseite ausschlagen wird.

Der Kritik an der Marktwirtschaft liegen zwei fehlerhafte Schlüsse zugrunde. Der eine besteht darin, alles was in der bestehenden Ordnung an Unerwünschtem sichtbar wird, unkritisch dieser Ordnung anzulasten. Das ist der Fehler, den man als Trugschluß „post hoc, ergo propter hoc“ bezeichnet.

<sup>1)</sup> Die nachfolgenden Überlegungen hat der Verfasser ausführlich in seinem jüngst erschienenen Buch „Marktwirtschaft im Kreuzfeuer“, Bern und Stuttgart 1979 (Verlag Paul Haupt), dargelegt.

net. Er übersieht, daß Unzulänglichkeiten keineswegs die Folge des marktwirtschaftlichen Systems zu sein brauchen, sondern auf Ursachen beruhen können, die mit diesem System nicht zusammenhängen müssen, also u. U. auch in einer anderen Ordnung in Erscheinung treten würden. Natürlich ist die obige Schlußfolgerung nicht notwendigerweise falsch, eine Verursachung durch marktwirtschaftliche Faktoren somit durchaus nicht ausgeschlossen. Sie ist jedoch in dem Sinn trügerisch, als sie mögliche Drittsachen übersieht und aus diesem Grunde nicht als zwingend betrachtet werden darf.

Die zweite fehlerhafte Schlußfolgerung der Kritiker des marktwirtschaftlichen Systems besteht in der Annahme, daß die von ihnen postulierte nicht marktwirtschaftliche Ordnung keine Unvollkommenheiten aufweise und daher frei von den erwähnten oder weiteren unerfreulichen Erscheinungen sei. Diesen Fehler nennt man „Petitio principii“, d. h. es handelt sich um eine Schlußfolgerung, die aus einer unbewiesenen oder unbeweisbaren Prämisse gezogen wird. Unbewiesen und auch nicht mit Erfolg beweisbar ist die Annahme, nach der die nicht marktwirtschaftliche Ordnung ohne Mängel sei. Daher ist die daraus deduzierte Schlußfolgerung, eine Systemveränderung in dieser Richtung würde die Unzulänglichkeiten beheben, nicht bewiesen. Natürlich beginge man den Fehler einer „Petitio principii“ auch dann, wenn man als Anhänger der Marktwirtschaft dieses System als vollkommen betrachten und daraus folgern würde, daß ihm in keiner Weise alle unerwünschten Erscheinungen anzulasten sind, sondern daß diese ausschließlich mit nicht systemkonformen wirtschaftspolitischen Eingriffen erklärt werden können.

Mit den bisherigen Hinweisen auf die Art der Trugschlüsse, die der zunehmenden Geringschätzung der marktwirtschaftlichen Ordnung zugrunde liegen, ist noch nichts darüber gesagt, welches die Ursachen dieser Sophismen sind und weshalb sie so gebräuchlich wurden. Es gibt verschiedene Gründe. Zum Teil sind sie psychologischer Natur. Das gilt vor allem für den Trugschluß „post hoc,

---

*Prof. Dr. Hugo Sieber, 68, ist Ordinarius für theoretische Nationalökonomie und Finanzwissenschaft an der Universität Bern.*

ergo propter hoc“. Die Neigung, die bestehende Ordnung als Ursache der darin auftretenden Unzulänglichkeiten zu betrachten, drängt sich psychologisch dem unreflektierten Denken fast in allen Lebens- und Wissensgebieten auf. Als Beispiel aus dem medizinischen Bereich soll die analoge Meinung der meisten Patienten erwähnt werden, nach der die eingetretene Heilung (oder auch die Zustandsverschlechterung) eine Folge des vorher eingenommenen Medikamentes ist. Erst reflektiertes, insbesondere fachmännisches Denken vermag sich dieser Argumentationsweise zu entziehen und die Möglichkeit von Drittursachen gebührend zu erwägen.

Aber auch der Trugschluß der „Petitio principii“, nach dem ein nicht marktwirtschaftliches System den erwähnten Nachteilen nicht ausgesetzt sei und daher durch eine Systemveränderung Abhilfe zu schaffen wäre, ist psychologisch naheliegend. Denn das noch nicht Verwirklichte, das man weder in seinen guten noch schlechten Eigenschaften aus eigener Erfahrung kennt, sieht der Mensch, wenn er mit der bestehenden Lage nicht zufrieden ist, fast unwillkürlich zunächst als besser an. Dies führt dazu, daß viele Leute im marktwirtschaftlichen Westen für östliche Wirtschaftsplanung anfällig sind, während man im Ostblock – soweit die Diskussion hierüber nicht durch das totalitäre System verhindert wird – immer mehr in der marktwirtschaftlichen Dezentralisierung der starren Planung eine Möglichkeit der Beseitigung von Mängeln des sozialistischen Systems erblickt. Auch diese Reaktionsweise hat auf zahlreichen anderen Lebensgebieten ihre Entsprechung; man denke nur an die Diskussionen über Bildungs- und Erziehungsfragen, bei denen meist ebenfalls das als überlegen gilt, was hierzulande noch nicht (oder seit langem nicht mehr) verwirklicht ist.

#### Modische Komponente

Zweifellos wird die psychologische Begründung der genannten Trugschlüsse auch durch das dem Menschen innewohnende Bedürfnis nach Abwechslung gefördert. Es stellt gewissermaßen die modische Komponente unseres Problems, d. h. das Bestreben dar, bei der zur Zeit vorherrschenden „ordnungspolitischen Mode“ dabei zu sein. Daher würde man nach den zurückliegenden Jahrzehnten einer im großen und ganzen als marktwirtschaftlich zu bezeichnenden Ordnung selbst dann mit einer gewissen Faszination der Planung rechnen müssen, wenn auf keine Unzulänglichkeiten hingewiesen werden könnte, die man zu Recht oder Unrecht der Marktwirtschaft anlasten und als Grund von Systemveränderungspostulaten betrachten könnte.

Das Abwechslungsbedürfnis verbindet sich zudem mit der Generationenfolge; die bloße Tatsache,

daß die Väter sich zur Marktwirtschaft bekennen, bewirkt bei einem Teil der Söhne eine oppositionelle Hinneigung zu anderen ordnungspolitischen Vorstellungen. Das gilt erfahrungsgemäß selbst dann, wenn diese Söhne ungeniert die Vorteile der Marktwirtschaft genießen und an die Gesellschaft Ansprüche stellen, die höchstens in diesem System, nicht jedoch mit dem kärglichen Sozialprodukt einer sozialistischen Wirtschaft befriedigt werden können.

#### Ideologische Gründe

Eine weitere Ursache für die mit den beschriebenen Trugschlüssen begründete Ablehnung der Marktwirtschaft ist die rein ideologische oder gar religiöse Voreingenommenheit für die planwirtschaftliche und sozialistische Ordnung. Die Bedeutung dieser Komponente ist immer noch eher zunehmend; der „ordnungspolitische Zeitgeist“ weht zur Zeit weiterhin aus dieser Richtung. Man könnte leicht auch wirtschaftswissenschaftlich gebildete Zeitgenossen nennen, die man zur ideologisch „motivierten“ Gruppe rechnen müßte. Bei ihnen ist der Hinweis auf Überlegungen, nach denen der planwirtschaftliche Kollektivismus die für die meisten Menschen maßgebenden allgemeinpolitischen sowie speziell die wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele schlechter erreicht als die abgelehnte Marktwirtschaft, völlig zwecklos. Ebenso wenig beeindruckt negative Erscheinungen in kollektivistischen Volkswirtschaften. Selbst die „Eisernen Vorhänge“, die bekanntlich nicht den Zutritt der Kapitalisten ins kollektivistische Paradies, sondern die Flucht der Paradiesbewohner zu verhindern haben, besitzen gegenüber Ideologen nicht den geringsten Überzeugungswert. Sich mit ihnen auseinanderzusetzen, ist daher nicht aussichtsreicher als der Versuch, das Haupt der katholischen Kirche zum Protestantismus zu bekehren.

Als ideologisch begründet ist die kollektivistische Einstellung auch dann zu bezeichnen, wenn sie lediglich auf einer Präferenzierung jener wenigen Ziele beruht, die sich mit dem System des planwirtschaftlichen Kollektivismus besser verwirklichen lassen<sup>2)</sup>.

Auch die opportunistische Ablehnung der Marktwirtschaft ist nicht zu übersehen. Sie liegt bei allen jenen vor, die es aufgrund irgendwelcher individuellen oder Gruppeninteressen bewußt oder unbewußt als Vorteil erachten, auf der zur Zeit hochgehenden „linken Welle“ zu reiten.

#### Politischer Opportunismus

Diese wichtige Gruppe der Marktwirtschaftsgegner umfassend aufzuzählen, fällt nicht leicht; man

<sup>2)</sup> Vgl. Hugo S I e b e r, a. a. O., S. 165 ff. („Worin ist der Kollektivismus überlegen?“).

muß sich mit Beispielen zu behelfen versuchen. Zunächst sind die für die Meinungsbildung nicht ganz unwichtigen belletristischen Schriftsteller und Journalisten samt ihren Verlegern zu nennen, die aus Marketing-Erwägungen auf linken Pfaden wandeln. Außerdem sind solche Pfarrer und Theologen zu erwähnen, die mit Kapitalismuskritik und marxistischer Interpretation ihrer Glaubensbekenntnisse die entvölkerten Kirchen wieder zu füllen versuchen. Nicht übersehen darf man ferner jene Dozenten und Lehrer der verschiedenen Stufen, die sich durch Linkswendung vor Kritik an ihren didaktischen und wissenschaftlichen Schwächen oder – bei älteren Jahrgängen – an unvorsichtigen publizistischen Äußerungen aus der Zeit des Faschismus und des durch diesen bewirkten (schweizerischen) „Frontenfrühlings“ schützen wollen. Opportunistisch sind oft ebenfalls debütierende oder arrivierte Politiker, die auf diese Weise ihre Wählerstimmen maximieren möchten. Außerdem sind Berufsarten zu nennen, deren Angehörige von linksmehrheitlichen Volks- oder Behördenwahlen abhängig oder – wie vor allem beim Rundfunk und Fernsehen – sonst irgendwie auf Wohlwollen und gutes Einvernehmen mit linkslastigen Institutionen angewiesen sind.

In welchem Ausmaß sich die ordnungspolitischen Bekenntnisse unter der Einwirkung opportunistischer Erwägungen verschieben können, ist oft erstaunlich und kaum zu glauben. Man muß es selbst erlebt haben, wie rasch und gründlich z. B. seit 1968 unter dem Eindruck der Studentenrevolte Mitglieder von Universitätslehrkörpern – mit oder ohne Wechsel der politischen Parteizugehörigkeit – eine geradezu „kopernikanische Linkswende“ vollzogen haben, um die Bedeutung dieses Motivs richtig einzuschätzen.

Opportunistisch begründet ist die negative Einstellung zur Marktwirtschaft natürlich auch bei allen jenen, die sich in ihrem Geist ordnungspolitisch bewußt oder unbewußt bereits mit der drohenden *Pax sovietica* arrangieren. Dieses Bestreben spielt eine viel größere Rolle, als man gemeinhin anzunehmen pflegt. Die Tatsache, daß man davon wenig spricht, muß nämlich als Zeichen der Verdrängung und damit als besonders beunruhigend angesehen werden. (Die Ablehnung der Marktwirtschaft aus Angst vor der *Pax sovietica* entspricht völlig der Haltung jener unrühmlichen schweizerischen Zeitgenossen, die in den 30er Jahren wegen der damals aktuellen *Pax germanica* Gegner der liberalen Marktwirtschaft waren.) Ob bei dieser Einstellung die Spekulation auf die Zugehörigkeit zur herrschenden Klasse eines von den Sowjets kolonisierten Westens oder lediglich das Bestreben, im „Falle des Falles“ (also im Jahre 1984 Orwellscher Zeitrechnung) nicht „falsch zu

liegen“, entscheidend ist, ändert nichts daran, beides als gewöhnlichen politischen Opportunismus bezeichnen zu müssen.

Die opportunistische Begründung spielt heute deshalb eine wesentliche Rolle, weil sie in unserem politischen System für ihre Vertreter meist völlig ungefährlich ist. Es ist zur Zeit eher mit Nachteilen verbunden, sich weiterhin entschieden für die Marktwirtschaft einzusetzen. Man bezahlt dies mit der Diffamierung als Reaktionär und Faschist, während die Befürworter des Kollektivismus als zeitaufgeschlossen und fortschrittlich gelten. Dies speziell, wenn sie mit dem Hinweis auf die angeblich demokratische Spielform des Eurokommunismus bei naiven Zeitgenossen den falschen Anschein erwecken können, etwas ganz anderes als den diskreditierten Stalinschen Kommunismus zu vertreten.

Daher ist es ebenfalls wenig verwunderlich, daß selbst bei Ökonomen das marktwirtschaftliche Ordnungsdenken im Vergleich zu den 50er und 60er Jahren einen Niedergang erfahren hat und daß sich manche von ihnen lieber in ordnungspolitisch unverfängliche, wenn auch für die wirtschaftspolitische Praxis weitgehend unfruchtbare Spiele mit unrealen ökonomischen Modellen flüchten. Dies erklärt außerdem, warum bei ihnen die Forderung ausreichender Systemkonformität ökonomischer Interventionen heute kaum noch viel besser aufgehoben ist als bei den wirtschaftspolitischen Behörden, die – ebenfalls opportunistisch bedingt – in dieser Beziehung immer mehr einem unverbindlichen Pragmatismus huldigen.

### Mangelndes Beurteilungsvermögen

Die bisherige Aufzählung an Gründen für die Anfechtung und Ablehnung des marktwirtschaftlichen Systems ist keineswegs vollständig; sie ließe sich in verschiedener Hinsicht ergänzen. So ist z. B. darauf hinzuweisen, daß manche Zeitgenossen auch deshalb als Gegner der Marktwirtschaft zu betrachten sind, weil sie der ehrlichen, aber falschen Meinung huldigen, die kollektivistische Ordnung sei besser geeignet, die den Menschen am Herzen liegenden wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele zu erreichen. Diese Begründung ist – neben anderen Zeitgenossen – bei solchen Intellektuellen zu finden, die die Frage aufgrund einer bloßen Palaverintelligenz entscheiden, d. h. in einem Stadium der geistigen Entwicklung, in dem sie (noch) keine genügende Kenntnis der wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit besitzen und von ihrem Bildungsgang her auch nicht die Befähigung zu einer sachgemäßen Analyse aufweisen. (Dies gilt natürlich auch für die auf andere Weise „motivierten“ Marktwirtschaftsgegner, vor allem für diejenigen mit ideologischen Motiven.)

Eine sachgemäße, also nicht rein emotionale und irrationale Beurteilung der Eignung einer Wirtschaftsordnung, die verschiedenen ihr zugeordneten Ziele oder Zwecke zu erreichen, hat nämlich aufgrund einer theoretischen Analyse einerseits und empirischer Feststellungen andererseits zu erfolgen. Beides ist somit nicht ausreichend möglich, wenn man über keine genügende ökonomische und sozialwissenschaftliche Schulung verfügt.

Erreicht werden sollen mit einem Wirtschaftssystem insbesondere wirtschafts- und sozialpolitische Ziele, wie z. B. ein großes reales Pro-Kopf-Sozialprodukt, Vollbeschäftigung, stabile Geldkaufkraft, gleichmäßige Verteilung usw. Daneben sind jedoch auch allgemeinpolitische Ziele wie etwa die Gewährleistung der bürgerlichen Freiheiten zu berücksichtigen, für deren Erreichung das Wirtschaftssystem ebenfalls von Bedeutung ist. Es ist somit nicht bloß an ein Einzelziel zu denken, sondern an ein viele Einzelziele umfassendes Zielbündel, d. h. an ein – normalerweise nur teilweise konsistentes – Zielsystem. Als die beste Ordnung ist dann jene zu bezeichnen, die bei zahlreicheren und/oder wichtigeren Zielen dieses Systems konformer, also in diesem Sinne überlegen ist.

### Vergleich der Systeme

Ein Vergleich der beiden Wirtschaftssysteme wurde vom Verfasser anhand von 21 Zielen vorgenommen<sup>3)</sup>. Es zeigte sich dabei, daß es einige Ziele gibt, bei denen die kollektivistische Ordnung der marktwirtschaftlichen überlegen oder gleichwertig ist. (So kann z. B. eine gleichmäßige Verteilung leichter herbeigeführt werden und der Anteil des öffentlichen Gemeinwesens am realen Sozialprodukt auf Kosten des Anteils der Individuen leichter gesteigert werden u. a.) Bei viel zahlreicheren Zielen ist jedoch demgegenüber eine eindeutige Überlegenheit der marktwirtschaftlichen Ordnung festzustellen. Dabei handelt es sich überwiegend um Ziele, die – wie insbesondere ein großes reales Pro-Kopf-Sozialprodukt, eine reichliche Versorgung mit Konsumgütern sowie die Gewährleistung der wirtschaftlichen und politischen Freiheiten – für den Wohlstand und die Wohlfahrt der Menschen ein ungleich größeres Gewicht besitzen als die wenigen Ziele, bei denen die kollektivistische Ordnung konformer ist. Diese Analyse erlaubt es zwar nicht, von einer durchgängigen Überlegenheit der marktwirtschaftlichen Ordnung zu sprechen. Sie ermöglicht es jedoch, die Marktwirtschaft per Saldo als im Vergleich zum Kollektivismus eindeutig zweckmäßiger und damit relativ beste Ordnung zu bezeichnen.

<sup>3)</sup> Vgl. im einzelnen Hugo Sieber, a. a. O.

Dieses Resultat theoretischer Überlegung wird aber auch durch die Beobachtung der Wirklichkeit erhärtet. Schon der bereits erwähnte Tatbestand, daß die Stacheldrahtverhaue, Minenfelder und Wachttürme des „Eisernen Vorhangs“ an den Grenzen der Ostblockstaaten nicht eine Massenzuwanderung aus dem kapitalistischen Westen, sondern die Flucht aus den Gefilden des Kollektivismus verhindern sollen, ist ein untrügliches Indiz dafür, daß dieser im Lichte der entscheidenden Beurteilungsziele und -kriterien der marktwirtschaftlichen Ordnung unterlegen ist. Jedenfalls gilt dies dann, wenn man dabei jene Ziele und Kriterien zugrunde legt, die von den gewöhnlichen Wirtschaftssubjekten als maßgebend angesehen werden. Daß der Kollektivismus den Anliegen der Führer des totalitären Zwangsstaates und der herrschenden Klasse seiner Apparatschiks besser dient, hat im Vergleich dazu wenig Gewicht und stellt daher keinen Einwand gegen die Überlegenheit des privatwirtschaftlichen Systems dar.

### Urteile und Werturteile

Bei einer sachgemäßen Beurteilung der Wirtschaftssysteme anhand ihrer Ziele ist noch die Frage zu streifen, ob sie sich überhaupt in ideologiefreier und damit objektiv wissenschaftlicher Weise durchführen läßt. Oder ist letztlich die weltanschauliche Einstellung des Beurteilers dafür entscheidend, welche Ordnung man als die beste anzusehen hat?

Grundsätzlich kann ideologiefrei und damit objektiv entschieden werden, welche Ordnung zielkonformer, also besser geeignet ist, bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische oder andere Ziele zu erreichen. Es handelt sich hierbei nämlich um sogenannte teleologische Urteile, wie sie insbesondere die Nationalökonomie bei der Tauglichkeitsanalyse wirtschaftspolitischer Eingriffe auf Schritt und Tritt zu fällen hat. Solche Urteile sind grundsätzlich nicht ideologisch, also nicht das, was als Werturteile im Sinne normativer Aussagen zu bezeichnen wäre. Gewiß ist es in praxi nicht immer leicht, sich bei Zielkonformitätsaussagen jeder ideologischen Voreingenommenheit und Beeinflussung zu entziehen. Bei gutem Willen bleibt dies jedoch in ausreichendem Maße möglich, und man würde alle Zweckeignungsbeurteilungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen durch die praktische Nationalökonomie zu einem unverbindlichen Ideologiegeplauder degradieren, wenn man diese Möglichkeit grundsätzlich bestreiten wollte.

Anders verhält es sich mit den Zielen, in deren Dienst eine Wirtschaftsordnung steht. Denn ihre Setzung ist ein Werturteil im normativen Sinn des Wortes und damit ideologisch. Die Beurteilung von Wirtschaftssystemen am Maßstab ihrer Eignung

zur Erreichung solcher Ziele ist deshalb indirekt von den Präferenzen des Beurteilers abhängig. Diesem Einfluß der eigenen Ideologie kann er aber in der Weise aus dem Wege gehen, daß er nicht persönliche Ziele postuliert, sondern der Analyse jene zugrunde legt, die dem Willen der in einer Demokratie für die politische Willensbildung maßgeblichen Behörden und Volksmehrheiten entsprechen. In diesem Fall darf er die Ziele als vorgegeben und seine Konformitätsanalyse als unabhängig von der eigenen Ideologie betrachten.

Weniger leicht ist die Ausschaltung der persönlichen Präferenzen bei der Gewichtung der verschiedenen Ziele. Diese Gewichtung ist nötig, weil man die positiven und negativen Resultate in bezug auf die einzelnen Ziele nicht einfach rein zahlenmäßig vergleichen und saldieren kann, sondern nach deren unterschiedlicher Bedeutung abwägen muß. Jede derartige Abwägung ist aber wiederum ein Werturteil; sie bringt somit, wenn sie der Beurteiler selbst vornimmt, dessen persönliche Ideologie ins Spiel. Will er dies vermeiden, so muß er also auch hier jene Gewichtung zugrunde legen, die durch die für die politische Willensbildung maßgebenden Behörden und Volksmehrheiten vorgegeben ist. Diese zu erkennen, ist jedoch in praxi viel schwieriger als die bloße Feststellung der relevanten Ziele. Daher ist hier eine Färbung der Analyse mit den ideologischen Vorstellungen des Beurteilers schwerer zu vermeiden.

#### **Diskreditierung durch eigene Anhänger**

Als weiterer Grund für die Geringschätzung der marktwirtschaftlichen Ordnung ist hier noch ihre Diskreditierung durch eigene Anhänger zu erwähnen. Sie erfolgt durch die Befürwortung einer Wirtschafts- und Sozialpolitik oder durch ein wirtschaftliches Verhalten, die beide nicht im Interesse eines guten Funktionierens dieser Ordnung stehen und daher auch bei Leuten eine Abneigung bewirken, bei denen keine der bisher genannten Ablehnungsgründe der Marktwirtschaft eine Rolle spielen.

Bei welchen Gelegenheiten sind so viele Anhänger des marktwirtschaftlichen Systems in dieser fatalen Weise tätig? Dies ist zunächst einmal der Fall, wenn sie dem wirtschaftspolitischen Ziel der Kaufkraftstabilisierung des Geldes zu wenig Reverenz erweisen. Denn Inflation wirkt auf verschiedenen Wegen und über mancherlei hier nicht zu beschreibende Wirkungsmechanismen langfristig negativ auf die Leistungsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems. Die Geldentwertung und ihre ungünstigen Folgen werden jedoch im Sinne des eingangs erwähnten Trugschlusses „post hoc, ergo propter hoc“ in den Augen des allgemeinen, wirtschaftswissenschaftlich nicht sachverständigen Publikums häufig der Marktwirtschaft angelastet,

selbst wenn feststeht, daß die Inflation keineswegs systemspezifisch ist, sondern in anderen Wirtschaftsordnungen ebenfalls beobachtet werden kann.

Ein weiterer Fall liegt vor, wenn die Anhänger der Marktwirtschaft einem hemmungslosen Wachstumsfetischismus huldigen und dabei ebenfalls die unkontrollierte Zunahme der Bevölkerung, trotz der manifesten Übervölkerung in manchen Industriestaaten, immer noch als erstrebenswertes Ziel ansehen. Die mit dieser Haltung verbundenen negativen Auswirkungen werden ebenso dem marktwirtschaftlichen System zugeschrieben wie die der Inflation; sie diskreditieren es daher bei nicht sachkundigen Betrachtern in gleicher Weise.

Dies trifft auch zu, wenn die als Produzenten tätigen Anhänger der Marktwirtschaft in bezug auf die Unternehmensgröße gigantomatisch werden und nicht bereit sind, eine wettbewerbspolitische oder andere Begrenzung der Konzentration zu akzeptieren.

Die gleiche Wirkung entsteht, wenn die Anhänger des marktwirtschaftlichen Systems als Produzenten oder Konsumenten keine ausreichende Verpflichtung oder Bereitschaft zur Umwelterhaltung anerkennen, d. h. nicht damit einverstanden sind, die Produktpreise mit den Umweltkosten zu belasten. Die hierdurch bewirkte Ablehnung der Marktwirtschaft besteht unabhängig davon, daß die Umweltschädigung keineswegs eine spezifische Erscheinung der marktwirtschaftlichen Ordnung ist, sondern ebenfalls im Kollektivismus schwere Probleme zeitigt.

Allgemein kann man noch hinzufügen, daß die Marktwirtschaft häufig dann eine Diskreditierung erfährt, wenn man in der Wirtschafts- und Sozialpolitik systeminkonforme Maßnahmen anwendet. Dies wird nämlich von den Kritikern als Eingeständnis dafür angesehen, daß ohne bzw. mit systemgerechten Interventionen nicht auszukommen ist. Außerdem werden auch die ungünstigen direkten Wirkungen solcher Maßnahmen und die der Anschlußinterventionen, die hierbei regelmäßig nötig werden, dem System zur Last gelegt. Und dies, obwohl sie – wie die Bezeichnung „systeminkonform“ beweist – ihrem Wesen nach nicht systemspezifisch sind.

#### **Chancen einer Tendenzwende**

Wie die Beispiele zeigten, ist die Front der heutigen Marktwirtschaftsgegner größer, als man bisweilen anzunehmen pflegt. Sie verläuft übrigens keineswegs zwischen irgendwelchen Parteigrenzen, wie z. B. den Liberalen oder den marktwirtschaftlich orientierten Sozialdemokraten einerseits und den Kommunisten andererseits. „Neue Linke“

mit marktwirtschaftsfeindlicher Tendenz finden sich auch bei Leuten, die – wie etwa die schweizerischen Christlichsozialen – meist für sich in Anspruch nehmen, eher auf der rechten Seite dieser Grenzziehung zu liegen. Für die Schwächung des marktwirtschaftlichen Denkens bezeichnend ist auch die Tatsache, daß aus dem einen oder anderen Grund auch bei den Ökonomen das marktwirtschaftliche Ordnungsdenken und das Bestehen auf der Forderung nach entsprechender Systemkonformität wirtschaftspolitischer Maßnahmen im Vergleich zu den 50er und 60er Jahren deutlich abgenommen hat. (Und wenn das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement einen Verfassungsentwurf in das Stellungnahmeverfahren schickt, der die begeisterte Zustimmung ausgesprochener Linker gefunden hat, so dürfte auch von einer Verwirklichung dieses neuen Grundgesetzes nicht eine Stärkung, sondern eine Aufweichung der Konzeption der marktwirtschaftlichen Ordnung zu erwarten sein.)

Was könnte unter all diesen nicht sehr verheißungsvollen Zeichen eine Tendenzwende bewirken? Von welchen Frontabschnitten und aufgrund welcher Entwicklungen ist sie zu erwarten? Oder wird sich der Gegenwind, in dem die Marktwirtschaft heute steht, eher noch verstärken?

Ein Anlaß für eine längerfristige Tendenzwende könnten die unvermeidlichen schlechten Erfahrungen sein, die bei einer Verwirklichung marktwirtschaftsfeindlicher Ordnungskonzepte gemacht werden würden und die diese Konzepte früher oder später bei vielen Leuten diskreditierten. Das dürfte das Pendel wieder in Richtung einer größeren Hinwendung zur marktwirtschaftlichen Ordnung ausschlagen lassen. Dieser Pendelschlag würde sich verstärken, wenn er sich mit einer entsprechenden Abkehr jener Bürger von der Planwirtschaft verbinden würde, die bei derartigen Entwicklungen modehalber, aus Opposition zur Vätergeneration oder aus opportunistischen Erwägungen mitzumachen pflegen. Was heute die Gegnerschaft gegen die marktwirtschaftliche Ordnung fördert, könnte auf diese Weise deren Renaissance begünstigen. Es ist aber wohl noch verfrüht, gewisse erste Anzeichen hierfür als signifikant zu werten.

Einschränkend ist jedoch anzumerken, daß eine starke Entwicklung in planwirtschaftlicher Richtung nicht leicht reversibel ist. Hierbei würde nämlich einiges in einem Ausmaß präjudiziert werden, daß eine marktwirtschaftliche Ordnung nur schwer wieder gestaltet werden kann. Dies dürfte insbesondere unter normalen politischen Umständen der Fall sein. Möglich ist jedoch eine entschiedene Rückkehr zur Marktwirtschaft unter außergewöhnlichen Bedingungen, wie nach einem verlorenen

Krieg oder anderen für die bestehende Ordnung krisenhaften Situationen. Hierfür mag der Übergang der Bundesrepublik Deutschland von der Planwirtschaft der Hitlerzeit zur sozialen Marktwirtschaft nach 1945 bzw. nach der Währungsreform als Beispiel dienen.

Fast hoffnungslos erscheint eine Abkehr vom Kollektivismus vor allem dann, wenn er im Rahmen einer lange andauernden *Pax sovietica* bestehen würde, sei es nach einem russischen „Sprung an die Kanalküste“, sei es über die Zwischenstufe eines Eurokommunismus oder einer anderen Variante mit einem angeblich demokratischen und menschlichen Gesicht. Hier würde die Marktwirtschaft als Institution eine Transformation in ihr Gegenteil erfahren, deren Rückgängigmachung man sich nur schwer vorstellen könnte. Dies würde insbesondere dann gelten, wenn angesichts der langen Dauer auch die menschliche und geistige Infrastruktur verloren ginge, die zum befriedigenden Funktionieren dieser Ordnung unerlässlich ist und die nur mit viel Zeitaufwand wieder neu zu errichten wäre.

#### Widerstand als Daueraufgabe

Auch eine eventuelle durch die Gewerkschaften erzwungene Liberalisierung der kommunistischen Wirtschaft würde sich kaum als hilfreich erweisen, denn sie wäre zweifellos eine bloße Zuflucht zu einem syndikalistischen Kollektivismus. Er bewährt sich jedoch regelmäßig noch weniger als der etatistische, und er würde daher – weil Gewerkschaften dem kollektivistischen Denken näher stehen – bei Mißerfolg mit größerer Wahrscheinlichkeit in die etatistische Form zurückfallen als sich in die privatwirtschaftliche fortentwickeln. Zwar ist, auf genügend lange Frist betrachtet, selbst im Fall einer Verwirklichung von Orwells 1984 die Geschichte nach vorne immer offen. Aber es dürfte besser sein, dafür zu sorgen, daß diese These nicht empirisch getestet werden kann.

Daher ist der Widerstand gegen eine Denaturierung der freien Marktwirtschaft als wichtige und dauernde Aufgabe zu betrachten. Niemand möge sich mit dem trügerischen Gedanken beruhigen, daß gegenwärtig als ordnungspolitische Gegendoktrin nur der Eurokommunismus im Raume stehe. Denn der hätte zweifellos nur einen Übergangscharakter, und die Bedrohung der freien Wirtschaft und Gesellschaft bliebe somit auch in diesem Fall eine totale. Im Lichte solcher Perspektiven ist die heutige Demontage der marktwirtschaftlichen Idee für die Bewahrung der Werte unserer abendländischen Kultur viel gefährlicher, als die zahlreichen „schrecklichen Demonteure“ in den verschiedenen politischen Lagern zu be-

denken pflegen. Deshalb muß der Kampf gegen die Zerstörung der freien Wirtschaft, sei es durch ihre Anhänger oder Gegner, grundsätzlich und total bleiben.

Welche Folgerungen sind aus dieser Analyse für die Führungskräfte des marktwirtschaftlichen Systems zu ziehen? Zunächst wohl das Postulat, die beschriebene Entwicklung nicht, wie früher die Nil-Überschwemmungen, fatalistisch und tatenlos hinzunehmen, sondern in jeder geeigneten Weise für die Bewahrung und Festigung der marktwirtschaftlichen Ordnung einzutreten. Das hat gewiß in erster Linie dadurch zu geschehen, dieses System durch einen entsprechenden unternehmerischen Einsatz leistungsfähig und dynamisch zu erhalten. Doch dies allein ist unzureichend, weil die zunehmende Kritik der Marktwirtschaft nach den bisherigen Ausführungen nicht darauf beruht, daß sie versagt hat und daß ihre Alternativen die verschiedenen wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele überlegener erreichen würden. Daher haben die Führungskräfte der marktwirtschaftlichen Ordnung über ihre spezifische berufliche Leistung

hinaus auch eine bedeutsame Informationsaufgabe im Hinblick auf die ordnungspolitische Grundlage ihrer Tätigkeit zu erfüllen.

Dies setzt zunächst eine ausreichende Kenntnis der Funktionsweise sowie der spezifischen Vor- und Nachteile sowohl des marktwirtschaftlichen Systems als auch der Alternativen voraus, die ihm die Kritiker entgegenstellen möchten. Aber ebenso wichtig ist es, diese Kenntnis und die darauf gegründete Überzeugung von der per Saldo überlegenen Leistungskraft der marktwirtschaftlichen Ordnung bei jeder geeigneten Gelegenheit, vor jedem in Frage kommenden Personenkreis und in ausreichend verständlicher Weise zu vertreten. Die Unternehmer und die übrigen Führungskräfte können somit hinsichtlich des Systems, das ihrer Aktivität zugrunde liegt, nicht eine bequeme apolitische Haltung einnehmen. Sie wäre eine eigentliche „trahison des clerics“ und müßte zu einer Entwicklung beitragen, an deren Ende die Führungskräfte durch die Technokraten und Apparatschiks einer kollektivistischen Ordnung ersetzt sein würden.

## **Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in kritischen Zeiten**

Festschrift zum 80. Geburtstag von Heinrich Dräger.

Herausgegeben von Walter Petwaidic, mit Beiträgen von 9 Autoren, 176 Seiten, 1 Porträt, Leinen 34,- DM.

In kritischen Zeiten, im Zerreißwolf von Inflation, Rezession und „Stagflation“ ist guter Rat für das Überleben von Unternehmen und ein ausgewogenes Wirtschaftswachstum oft unbequem und teuer, wirft seine Verwirklichung doch häufig weitere Probleme auf. In dieser Festschrift für den Gründer der Drägerwerk AG, Lübeck, deren Aktien in diesen Wochen neu auf den Kurszetteln deutscher Effektenbörsen erschienen, nehmen namhafte Autoren zu theoretischen und praktischen Problemen einer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik Stellung und bieten Hilfen für das Bestehen im Auf und Ab der Konjunkturwellen.

Aus dem Inhalt: Strukturpolitik als Problemlösung oder Prinzipienstreit (Reinhard Blum) – Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik (Gottfried Bombach) – Das Dilemma der Tarifpolitik (Dieter Kirchner) – Kritische Punkte der Inflation und Inflationsbekämpfung (Fritz Neumark) – Krisenbekämpfung aus der Sicht verschiedener zeitgenössischer Lehrmeinungen (Hans J. Ramser) – Krisen und Krisenpolitik der Europäischen Gemeinschaft (Rudolf Regul) – Inflation und Krisenbekämpfung (Hajo Riese) – Konjunkturtheorie und Konjunkturpolitik vor und nach dem ersten Weltkrieg (Hanns-Joachim Rüstow) – Soziale Marktwirtschaft einst und jetzt (Gerhard Stoltenberg).

**FRITZ KNAPP VERLAG · NEUE MAINZER STRASSE 60 · 6000 FRANKFURT AM MAIN**